

Die LINKE wirkt!



Ortsbeirat Bilanz 2016-2021

DIE LINKE ist die treibende Kraft im Ortsbeirat Westend/Bleichstraße. Wenigstens innerhalb der vorgegebenen Möglichkeiten und Verfahrenswege. Das jedenfalls ist unser Fazit nach fast fünf Jahren Arbeit in diesem Gremium. Und es ist gut, dass wir da sind! Wir trugen den Skandal Wohnraumleerstand auf die Straße. So fand neben zahlreichen Infoständen am 15. Juni 2019 eine Demonstration mit mehreren hundert TeilnehmerInnen durch das Westend unter dem Motto „Wohnraum schaffen, Leerstand beschlagnahmen, Spekulanten enteignen!“ (Bild oben) statt.

Seit der Kommunalwahl 2016 ist DIE LINKE IM WESTEND mit einem Stimmanteil von 17,3 Prozent und drei Sitzen auch drittgrößte Fraktion im Ortsbeirat. Das Gremium Ortsbeirat fungiert häufig wie ein Frühwarnanzeiger für auflaufende Themen und Probleme.

Hier gibt es noch Möglichkeiten, frühzeitig den Finger in Wunden zu legen, ohne im großkoalitionären Machtgeschachere auf Stadtebene unterzugehen. Und auch wenn über die konkrete Ausgestaltung von Großprojekten

abschließend an anderer Stelle entschieden wird, so hat die Einschätzung des Ortsbeirats durchaus Gewicht.

Fazit: Wer die politische „Graswurzelarbeit“ des Gremiums belächelt, vergibt sich ganz praktisch Einflussmöglichkeiten auf die Politik in der Stadt. In den vergangenen fünf Jahren hat unsere Fraktion schon Einiges ins Rollen gebracht.

Um Euch/Ihnen einen Überblick über unsere Aktivitäten zu geben, haben wir ausgewählte Anträge am Ende dieses Papiers aufgelistet.

Fast bei jeder bei jeder Sitzung haben wir auf Missstände in unserem Stadtbezirk aufmerksam gemacht. Ob Wohnungsnot, fehlende Kita- und Krippenplätze, problematische Innenstadtareale wie der Platz der Deutschen Einheit mit Trinkerszene und Kriminalitätsdruck – es vergeht so gut wie keine Sitzung des Ortsbeirats, bei der wir nicht auf den Zusammenhang von materieller Not, Perspektivlosigkeit und fehlenden Hilfestrukturen in dieser kapitalistischen Gesellschaft aufmerksam machen.

Nicht immer konnten wir uns mit unseren Vorschlägen durchsetzen - dazu fehlen uns schlicht die politischen Mehrheiten. Unsere Vorschläge, Anträge oder Initiativen werden dabei auch häufig von lokalen Akteuren aus Drogen- und Sozialarbeit, Quartiersmanagement, Hochschule und Stadtteilkonferenz und anderen Institutionen unterstützt.

Aber wir können uns auf die Fahre schreiben, dass wir sie zum Thema in der Stadtöffentlichkeit gemacht und die Diskussion ermöglicht haben.

Leider keine Mehrheit: Mehr Platz für Kinder im Inneren Westend

Ein soziales Pulverfass stellt das Innere Westend dar. Dies geht auch aus der Sozialraumanalyse der Stadt Wiesbaden hervor. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf. Das Innere Westend ist geprägt von beengten Wohnverhältnissen, Armut und Arbeitslosigkeit. Die Kinderarmutsquote beträgt 52,9 Prozent. Das dicht besiedelte Wohngebiet ist zudem geprägt von einem starken Zu- und Wegzug der Wohnbevölkerung. Es gibt überproportional viele NeubürgerInnen mit Migrationshintergrund, die aus armen Verhältnissen stammen.

Obwohl das Innere Westend sehr kinderreich und sehr jung ist, gibt es nur wenige Freiflächen. Das Jugend- und Kinderzentrum ist eine wichtige Anlaufstelle. Der Ortsbeirat fordert deshalb bisher erfolglos die Schaffung einer weiteren Stelle in der Jugend- bzw. Kinderarbeit des Georg-Buch-Hauses. Durch

das Bevölkerungswachstum im Inneren Westend hat sich die Anzahl von Jugendlichen und Kindern erhöht, die dringend Angebote benötigen. Hier zu sparen, wird sich spätestens dann rächen, wenn

die Konflikte weiter zunehmen.

Um mehr Platz für Kinder zu schaffen, haben wir die Einrichtung einer Spielstraße in der Walramstraße (Höhe Georg-Buch-Haus) gefordert, um hier den öffentlichen Spielraum für Kinder zu erweitern.

Spielplatz Bertramstraße als Notlösung

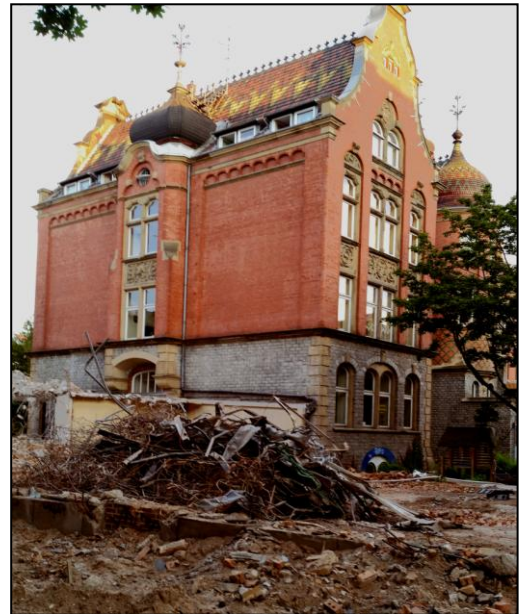
Leider wurde dieser Antrag im Ortsbeirat abgelehnt. Wir konnten aber erreichen, dass der Spielplatz in der Bertramstraße 25 umgestaltet und somit

neben dem stark frequentierten Blücherspielplatz im äußeren Westend als Alternative für Kinder (hoffentlich) bald bereitstehen wird.



Sichere Schulwege zu Blücherschule und Riederbergschule

Die Kinder aus dem Inneren Westend im Grundschulalter gehen auf die Riederbergschule. Ein wichtiges Anliegen ist es, dass die Kinder einen sicheren Schulweg haben. Die stark befahrene Emser Straße ist aber eine Gefahrenquelle. Deshalb haben wir die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der Emser Straße gefordert, was aber vom Magistrat abgewiesen worden ist. Umgesetzt wurde eine Warnlicht-Beleuchtung beim Übergang Emser Straße/Riederbergstraße. Abgelehnt wurde dagegen vom Magistrat eine ähnliche Installation am anderen Übergang Emser Straße/Hellmundstraße/Querfeldstraße. Angesichts der (langfristigen) Sperrung des Eingangs Riederbergstraße müssen alle Kinder des Inneren Westends den Weg in Richtung Querfeldstraße nehmen, um zur Riederbergschule zu gelangen. Auch eine bauliche Abgrenzung des Bürgersteigs zur Straße zum Schutz der Kinder vor dem Straßenverkehr wurde abgelehnt.



Die Blücherschule war häufig Thema.

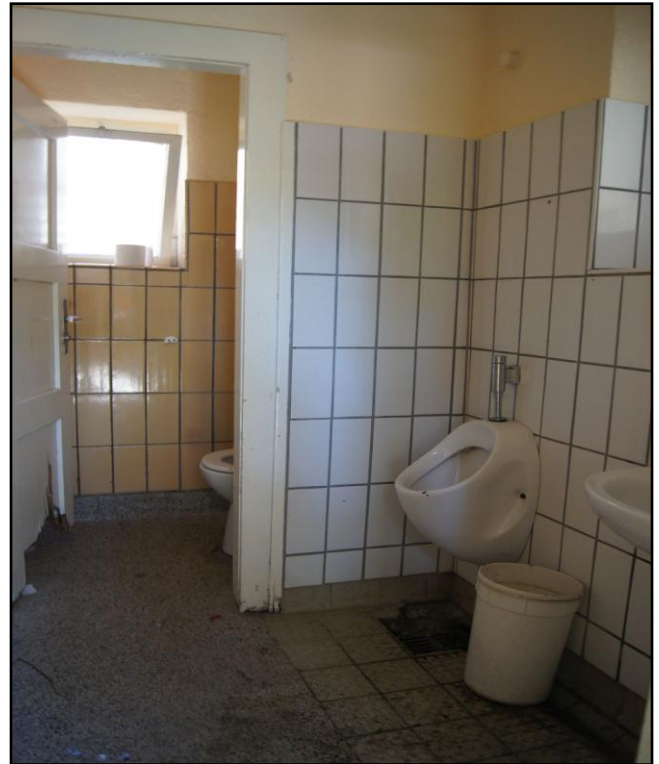
Auch die Verkehrssituation rund um die Blücherschule haben wir mehrfach im Ortsbeirat thematisiert. Durchgangsverkehr, Elterntaxis und die unübersichtliche Bebauung im Eingangsbereich stellen gerade für Grundschüler einen Gefahrenpunkt dar. Leider lehnte der Ortsbeirat unseren Antrag ab, den Magistrat zu verpflichten, den Schulweg für die knapp 450 Schülerinnen und Schüler sicherer zu machen und die Übergänge zu den beiden Eingangstoren besser kenntlich zu machen. Immerhin konnten wir uns mit unserer Forderung durchsetzen, die Altkleidercontainer abzubauen, um an dieser Stelle unnötige Sichthindernisse zu entfernen. Wir bleiben jedenfalls an dem Thema dran!

Schwerpunkt Blücherplatz: Spielplatzbetreuer und öffentliche Toiletten



Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit im Ortsbeirat ist die Situation auf dem Blücherplatz. Der dortige Spielplatz ist für unser dicht besiedeltes Viertel **die** zentrale Grün- und Spielfläche und wird von vielen Kindern ganzjährig genutzt. Es ist eine Schande für die Stadt Wiesbaden, dass aktuell der Spielplatzbetreuer nur von April bis Oktober vor Ort ist und Kindern und Eltern als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Gerade in der aktuellen Pandemie ist es extrem wichtig, dass die NutzerInnen eine hygienisch einwandfreie Sanitäreinrichtung vorfinden. Hygieneerziehung ist in der Gesundheitspolitik in aller Munde. Deshalb kann es nicht sein, dass gerade Kinder in einem baufälligen Toilettenhäuschen ihre Notdurft verrichten sollen und anschließend keine Hygienemittel vorfinden. Wir brachten einen Antrag in den Ortsbeirat ein und erreichten durch unseren Druck, dass die Sanitäreinrichtung im Frühjahr 2017 saniert wurde. Doch aufgrund des Personalengpasses standen die Kinder und Eltern gerade in den Sommermonaten an diesem Häuschen oftmals vor verschlossenen Türen. So blieben Büsche und Bäume oftmals „die letzte Lösung“. Dies zieht Ratten und anderes Ungeziefer an – auch ein Thema, dass wir zur Sprache brachten.



Die alte Sanitäreinrichtung auf dem Blücherplatz.

Kinderhaus Elsässer Platz – Stadt kippt Angebote für Kinder und Jugendliche

Im Westend fehlen dringend und seit Jahren Kita- und Krippenplätze. Die Abdeckung ist im Ortsbezirk so schlecht wie in kaum einem anderen Stadtteil. Das hat erst jüngst wieder eine Erhebung der Stadt ergeben. So weit, so schlecht. Aber nicht genug mit dieser sozialpolitischen Pleitebilanz im Vorschulbereich. Spätestens mit der Übernahme der Trägerschaft des ehemaligen

Montessori-Kinderhauses Elsässer Platz will die Stadt diese auch noch auf die nächstältere Zielgruppe ausweiten.

Mit der Übernahme des Hauses wurde nicht nur das gesamte Hortangebot ersatzlos gestrichen. Auch die bisherigen Stadtteil-Angebote des Schülerclubs KiWi wurden ersatzlos eingestellt. In

mehreren Anträgen versuchten wir wenigstens diesen Rest zu erhalten und mobilisierten eine große Koalition von Unterstützern. Der gesamte Ortsbeirat Westend/Bleichstraße stimmte mehrmals einstimmig (!) den Anträgen der LINKE-Fraktion zu. Auch der ehemalige Vorsitzende des Trägervereins Rainer Völkel, viele Eltern und Elternbeiräte sowie die Stadtteilkonferenz unterstützen diese Forderung für den Erhalt. Die Stadt versprach ihnen, wenigstens den besonders beliebten „Activepark“ vor



dem Kinderhaus wenigstens ein Jahr weiterlaufen zu lassen und erst dann über seine Zukunft zu entscheiden. Aber nicht einmal dieses sozialpolitische Feigenblatt hatte eine Chance. Die Stadt wurde wortbrüchig und stellte das attraktive und auch im Betrieb kostengünstige Freizeitangebot nach drei Monaten sang- und klanglos ein. Und wieder einmal verschwand unnötig ein gelungenes Stück Stadtteilarbeit

und damit auch gewachsene räumliche und personelle Strukturen, ein Bewegungsraum, Kreativwerkstätten, ClubKino und Projekte, die weit in die angrenzenden Viertel ausstrahlten. Geblieben ist die Erinnerung an bessere Zeiten und eine abendliche Problemzone, weil Jugendliche nicht wissen, was sie mit sich anfangen sollen. Man kann eine Krise auch mutwillig herbeiführen! **Setzen, 6!**

Wohnraumleerstand: Leerstand beschlagnahmen, Spekulanten enteignen!

Auch auf der unteren Ebene – im Stadtteil – geht es um handfeste, hochpolitische Macht- und Klasseninteressen und um grundsätzliche Fragen, die vor unserer Haustür zum Ausdruck kommen und die wir auf der unteren Ebene ausbaden müssen. Ein Schwerpunkt, der sich wie ein roter Faden durch viele Sitzungen in den letzten Jahren

zog, war der spekulative Wohnraumleerstand, der wie die Faust aufs Auge zum Mangel an bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt passt. Ein Symbol dieses Missstands ist das seit gut zehn Jahren leer stehende Büro- und



Wohngebäude Bismarckring 23. Angestoßen durch eine Anregung aus der Bürgerfragestunde haben wir uns intensiv um das Thema gekümmert, mehrere Anträge dazu gestellt und durchgesetzt. So nahmen wir auch den neuen Oberbürgermeister Mende beim Wort und forderten die Einrichtung eines Leerstandskatasters, um einen Überblick der Leerstände zu bekommen. Das wurde im Ortsbeirat beschlossen. Leider machte OB Mende hier wieder einen Rückzieher! Ebenso beschloss

der Ortsbeirat eine Einladung an den Eigentümer des Gebäudes Bismarckring 23, die Frankfurter Immobilienfirma Milnitzki. Doch dieser kniff! Wir trugen den Skandal Wohnraumleerstand aber auch auf die Straße. So organisierten wir neben zahlreichen Infoständen am 15. Juni 2019 eine Demonstration durch Innenstadt und Westend.

Mehrere hundert Teilnehmer machten unter dem Motto „Wohnraum schaffen, Leerstand beschlagnahmen, Spekulanten enteignen!“ ihrem Zorn über dreiste Immobilienhaie und die laufende Gentrifizierung Luft. Zweimal mischten wir uns sogar mit einem Motivwagen

in die Wiesbadener Straßenfastnacht ein. Das fand die ausrichtende „Dacho“ 2019 gar nicht lustig und ließ uns polizeilich entfernen (Bild). Das Thema brennt weiter auf den Nägeln und wir lassen uns nicht damit abspesen, dass in diesem Staat ständig Bauern und Kleingärtner für einen Straßenbau enteignet werden, während die Stadt beim spekulativen Wohnraumleerstand passiv bleibt. Wir bleiben an dem Thema dran, zumal auch andere Gebäude im Westend seit längerer Zeit ganz oder teilweise leer stehen.

Citybahn und Aartalbahn – weniger Durchgangsverkehr im Westend!

Wir unterstützten mit voller Kraft das Projekt CityBahn und setzten gleichzeitig im Ortsbeirat einen Beschluss durch, der eine zügige Wiederbelebung der Aartalbahn (Wiesbaden-Bad Schwalbach-Diez) auf der gesamten Strecke fordert.

Für das Westend und vor allem die Anwohnerschaft am 1. und 2. Ring sowie an der Seerobenstraße wäre die Aartalbahn ein Segen, weil wir dadurch weniger Durchgangsverkehr hätten. Einen künstlichen Gegensatz zwischen CityBahn und Aartalbahn lehnten wir stets ab.

Von Anfang an setzten wir uns für ein Drei-Schienen-Gleis ein, damit sowohl die CityBahn mit ihrer 1000 mm-Spur als auch durchgehende Züge mit der DB-Normalspur (1450 mm) die Trasse benutzen können.

Als LINKE. im Westend beteiligten wir uns an mehreren Demos für den Bau der Citybahn (Bild). Nach der krachenden

Niederlage der Befürworter einer City-Bahn in Wiesbaden beim Bürgerentscheid am 1. November muss jetzt mit aller Kraft die Reaktivierung der Aartalbahn vorangetrieben werden. Die bestehende, derzeit stillgelegte Aartalbahntasse von Wiesbaden Hbf/Ost über Dotzheim und die Eiserne Hand nach Bad Schwalbach und weiter bis Diez/Limburg ist bereits gewidmet und könnte innerhalb weniger Jahre reaktiviert werden – wenn der politische Wille dazu da wäre.

Für Arbeitnehmerrechte – gegen Privatisierung und Kniefall vor Privatinvestoren!

Ein roter Faden durch die Jahre war die grundsätzliche Kritik an Privatisierungen und an der Anbetung privater Investoren bei verschiedenen Projekten durch die Stadtverwaltung. So ist die für ein Café am Faulbrunnenplatz vorgesehene Franchise-Kette Backwerk abgesprungen. Wir setzten die Forderung nach einer kostenfreien öffentlichen Toilettenanlage durch, die in der Regie der Stadt Wiesbaden zu betreiben ist und deren Beschäftigte nach den Tarifverträgen für den Öffentlichen Dienst angestellt werden sollen. Öffentliche unentgeltliche Toiletten sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und anderswo längst selbstverständlich. Kritisch sahen und sehen wir auch Pläne für eine privat betriebene Kindertagesstätte in der Hellmundstraße unter

der Regie des Fröbel-Konzerns. Wir forderten eine KiTa in städtischer Regie. Ein entsprechender Antrag fand eine Mehrheit. Unser Begehren wurde jedoch leider vom Magistrat missachtet.

Auch die Service-Verschlechterungen bei der Postzustellung und privaten Postagenturen, die vielen Menschen im Viertel das Leben erschweren, sind Folgen der Privatisierung und Profitorientierung der Post. Nach einem Gerichtsbeschluss, der den Einsatz schlecht bezahlter Angestellter des privaten Securitas-Konzerns bei der Parkraumüberwachung verbietet, forderte der Ortsbeirat auf unsere Initiative den Magistrat auf, diese unbefristet und zu gleichen Bedingungen wie im Öffentlichen Dienst in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen.



Elsässer Platz: Grüne Oase statt trister Blechwüste

Seit vielen Jahren fordert DIE LINKE im Westend gemeinsam mit vielen Anwohnern die Umgestaltung des Elsässer Platzes. Die 450 Parkplätze sollen einer Grünanlage für das dicht besiedelte Viertel weichen.

Was ist das? Es ist 364 Tage völlig zugeparkt und dient einmal im Jahr als Aufmarschfläche für Narren aus Nah und Fern? Richtig, der Elsässer Platz. Wenn man an den Elsässer Platz zwischen Westend und Rheingauviertel denkt, verbindet man ihn vor allem mit einer Sache: Parkplätzen. Die letzte Freifläche in einem der am dichtesten besiedelten Stadtquartiere Deutschlands ist einzig parkenden Autos, Motorrädern und Lieferwagen vorbehalten.

Seit vielen Jahren plant die Stadt Wiesbaden den Platz umzugestalten. Unter Beteiligung der Öffentlichkeit wurde 2015 – 2016 ein städtebauliches Konzept zur Gestaltung und Nutzung des Elsässer Platzes erarbeitet. Unterschiedliche Anforderungen und Erwartungen sowie Interessenskonflikte wurden ermittelt. In einer öffentlichen Auftaktveranstaltung zur Information im November 2015 und einem Ideen-Markt mit Anwohner/innen, von der Planung Betroffenen und potenziellen zukünftigen Nutzergruppen des Elsässer Platzes im Februar 2016 wurden

Nutzungsszenarien als Alternative zur aktuellen einseitigen Nutzung entwickelt. Doch die Ideen der Anwohner verschwanden ebenso in den Schubladen der Stadtverwaltung wie die Idee eines Parkraummanagements und viele weitere Ansätze, den fünf Hektar großen Platz zu einem gemeinsamen Lebensraum für Anwohner, Schüler, Studierende und Mitarbeiter angrenzender Unternehmen zu entwickeln.

Erst Mitte 2020 kramten die Verantwortlichen das Projekt wieder hervor und hoben einen „freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb“ aus der Taufe. Der Haken: Statt des gesamten Platzes sollen die Landschaftsarchitekten nur noch den Teil zwischen der Verlängerung der Nettelbeck- und Gneisenaustraße als Grünfläche planen. Der Rest des Areals soll bebaut werden. Auch wenn unsere Fraktion es grundsätzlich befürwortet, neuen innenstadtnahen Wohnraum zu schaffen, ist es uns völlig unerkklärlich, warum ausgerechnet die letzte Freifläche im Westend dafür geopfert werden soll. Zum Glück folgte im Ortbeirat eine Mehrheit unserem Antrag, der genau dies verhindern will.

Wir fordern den ganzen Platz zu einem attraktiven Freizeitpark zu entwickeln. Parkplätze können auch an anderer Stelle (AOK, Arbeitsagentur, FH) geschaffen werden.

Dialog statt Repression statt, konkrete Hilfsangebote statt Überwachung

Jedes Jahr das immer gleiche Ritual. Wir und manchmal sogar der gesamte Ortsbeirat (mit Ausnahme der Zwei-Mann-CDU-Fraktion) machen auf die dringende notwendige und längst überfällige Ausweitung niedrigschwelliger Hilfsangebote im Inneren Westend aufmerksam. Wenigstens ein, besser noch zwei Sozialarbeiter*innen sollen gezielt Menschen ansprechen, die nur schwer zu erreichen sind, und ihnen gezielte Hilfsangebote machen. Ohne Unterstützung durch mobile Sozialarbeit wird der Stadtteil „nicht zur Ruhe kommen“ - eine Einsicht, die sich längst auch bei der Polizei durchgesetzt hat. Besser spät als nie, könnte man denken. Doch ebenso regelmäßig wird die dringend notwendige sozialpädagogische Unterstützung

von den Haushältern der Stadt aus dem Etat gestrichen. Bis zum nächsten Mal....

Problem erkannt, aber kein Interesse an einer nachhaltigen Lösung – das ist menschenverachtend! Am Geld kann es jedenfalls nicht liegen. Viele Millionen Euro hat die populistische und weitgehend nutzlose Videoüberwachung am Platz der Deutschen gekostet. Auch die Alkoholverbotszone in Teilen der Innenstadt ist purer Aktionismus der Stadtverantwortlichen: Repression statt Dialog, Überwachung statt konkreter Hilfsangebote – eine verheerende Bilanz! Aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Wir werden nicht aufhören, praktikable und effektive Lösungen auch für potenzielle Problemgruppen einzufordern.

Arbeit und Themen gehen uns nicht aus – ohne Druck bewegt sich nichts!

Die hohe Verkehrsbelastung im Viertel ist ein Dauerthema. Die erfolgreiche Einrichtung der Fußgängerzone in der Wellritzstraße ist für viele Bewohnerinnen und Bewohner nicht mehr wegzudenken und hat auch für die (nicht nur) dort lebenden Kinder neue Freiräume geschaffen. Auf unsere Initiative hin wurde einer Verlängerung in Richtung Walramstraße zugestimmt, so dass die Attraktivität der Wellritzstraße weiter ausgebaut und die Straße durch den Wegfall des Autoverkehrs lebenswerter gemacht werden kann.

Ein großes Ärgernis im Viertel ist der zunehmende illegal abgelegte Sperrmüll. Dies ist u.a. auch den beengten bzw. überbelegten Wohnungen und dem starken Bevölkerungsaustausch geschuldet. Deshalb ist eine Aufklärungskampagne über die kostenlose Entsorgung des Sperrmülls mit Informationstafeln in mehreren Sprachen gegen illegal abgelegten

Sperrmüll notwendig. Dieses Anliegen wurde aber vom Magistrat abgelehnt.

Aktuell beschäftigt uns der geplante Umbau des Elsässer Platzes zu einer Grünanlage, den wir 100 prozentig unterstützen. Nicht akzeptieren werden wir allerdings, dass der letzte größere grüne Fleck in unserem Viertel zur Hälfte bebaut werden soll.

Aufgaben und Themen gehen uns nicht aus. Es gilt weiterhin Druck zu machen – mit einer starken LINKEN im Ortsbeirat. Aber vor allem brauchen wir mehr Druck der Bevölkerung auf der Straße und mehr Initiativen von unten! Sonst wird sich nichts ändern und sonst werden viele berechnete Forderungen weiterhin beim Magistrat auf taube Ohren stoßen.

Im Folgenden die Titel einiger ausgewählter Anträge. Im Internet sind sie unter www.die-linke-im-westend.de komplett und mit Begründung abrufbar.

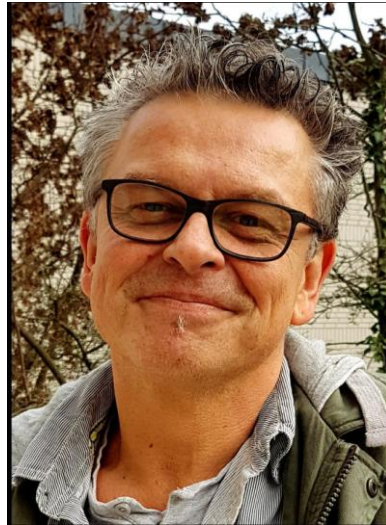
Ausgewählte Anträge im Überblick

- 1. Verkehrswende zügig anpacken – Schienenverkehr stärken!**
- 2. Einrichtung von kostenlosen Toiletten im Westend**
- 3. Beendigung Wohnungs- und Gebäudeleerstand Bismarckring Nr. 23**
- 4. Wendeverbotszeichen im Bereich der Kreuzung Bismarckring/Blücherstraße**
- 5. Übergangslösung für den Radverkehr zwischen der Bertramstraße und der Friedrichstraße**
- 6. Weiterer Spielplatzbetreuer für den Blücherplatz**
- 7. Ganzjährige Spielplatzbetreuung und Strom für die Sanitäranlage auf dem Blücherplatz**
- 8. Feinstaubmessungen im Stadtteil an öffentlichen Orten wie Schulen und Kindergärten.**
- 9. Nachmarkierungen der Parkflächen im Westend / Auftragen von Sperrflächen in Kreuzungen**
- 10. Maßnahmen gegen Rattenplage am Blücherplatz**
- 11. Sanierung der Sanitäranlage auf dem Blücherplatz**
- 12. Zunehmender illegal abgelegter Sperrmüll im Westend – Aufklärungskampagne notwendig!**
- 13. Sachstandsbericht Sedanplatz**
- 14. Unterstützung des Infoladens Blücherstraße**
- 15. Einrichtung von kostenlosen Toiletten im Westend**
- 16. Einrichtung einer Spielstraße in der Walramstraße (Höhe Georg-Buch-Haus)**
- 17. Aufhebung des Gehwegparkens am Kurt-Schumacher-Ring zwischen den Hausnummern 33-41**
- 18. Einrichtung eines Radweg in der Seerobenstraße**
- 19. Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der Emser Straße**
- 20. Sichere Überquerung der Weißenburgstraße**
- 21. Polizeifahrzeuge auf dem Platz der deutschen Einheit**
- 22. Straßenreinigungssatzung 2. Stufe wird abgelehnt**
- 23. Freiluft-Fitnessgeräte im Westend**
- 24. Einrichtung von Fahrscheinautomaten in der Gneisenaustraße und Bleichstraße stadteinwärts**
- 25. Erhalt der offenen Angebote für Kinder aus Westend und Rheingauviertel**
- 26. Spielplatz Bertramstraße attraktiver gestalten**
- 27. Umbau der Bushaltestelle Bismarckring (Bleichstraße)**
- 28. Altglascontainer an der Scharnhorststr./Ecke Blücherstraße**

29. Einbahnverkehr in der Scharnhorststraße
30. Schulwegsicherung Emser Straße
31. Parkflächen in der oberen Walramstraße
32. Leerstand Bismarckring 23
33. Illegales Parken auf dem Mittelstreifen des Bismarckrings unterbinden
34. Radschutzstreifen Emser Straße
35. Verlängerung Alkoholverbotszone am Platz der Deutschen Einheit?
36. Reaktivierung der Aartalbahn
37. Wiederinbetriebnahme des Bachabschnitts auf dem Quartiersplatz
38. Gegen Immobilienleerstand - Landesverordnung zur Regulierung von Immobilienleerstand und Zweckentfremdung wieder in Kraft setzen
39. Ortsbeirat bei der Digitalisierung des Verkehrs beteiligen
40. Aktivierung der Trinkstelle am Faulbrunnenplatz
41. Freier Eintritt in Wiesbadener Schwimmbäder für Kinder und Jugendliche
42. Probleme bei der Postzustellung
43. Versenkbarer Poller am Eingang der Fußgängerzone Wellritzstraße
44. Rattenplage in der Sedanstraße 1
45. Wohnungsleerstand im inneren Westend - Leerstandskataster einführen
46. Wohnraumzweckentfremdung durch gewerbliche Internetplattformen
47. Einrichtung eines Zebrastreifens in der Blücherstraße
48. Sichereres Überqueren der Scharnhorststraße bei den beiden Eingängen der Blücherschule
49. Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindern!
50. Altkleidercontainer versetzen – Verkehrssicherheit für Schulkinder erhöhen
51. Sichere Überquerung für Fußgänger und Fahrradfahrer des Westends in Naherholungsgebiete
52. Wohnungsleerstand in der Wellritzstraße
53. Übernahme bisheriger Securitas-Beschäftigter für die städtische Verkehrsüberwachung anbieten!
54. Schulwegsicherung Emser Straße (Ecke Hellmundstraße/ Querfeldstraße)
55. Verlängerung der Fußgängerzone Wellritzstraße
56. Öffentliche Toilettenanlage auf dem Faulbrunnenplatz
57. Keine Bebauung des Elsässer Platzes

Die LINKE-Fraktion im Ortsbeirat Westend/Bleichstraße 2016-2021**Christoph Mürdter**

„Im Inneren Westend brauchen viele Jugendliche und Kinder dringend Angebote. Doch es gibt es nur wenige Freiflächen. Die Kinder im Grundschulalter gehen auf die Riederbergschule und Blücherschule. Sie brauchen einen sicheren Schulweg. Der Spielplatz auf dem Blücherplatz ist für unser dicht besiedeltes Viertel die zentrale Grün- und Spielfläche. Wir kämpfen für Verbesserungen und erreichten kleine Erfolge. Aber viel liegt noch vor uns..“

**Bernd Schmid**

„In dieser wirklich schönen Stadt (und darüber kann ich mir als langjähriger Gießener ein Urteil erlauben) läuft politisch etwas grundlegend falsch. Wiesbaden hat eine der höchsten Millionärsdichten in Deutschland, gleichzeitig hat sie die höchste Kinderarmutsquote aller hessischen Großstädte. Das darf nicht so bleiben, denn die faktische Spaltung der Gesellschaft birgt sozialen Sprengstoff. Wiesbaden muss sich verändern. Das fällt nicht leicht, aber das Geld dafür wäre da.“

**Hans-Gerd Öfinger**

„Für Arbeitnehmerrechte – gegen Privatisierung, Servicewüste und Kniefall vor privaten Investoren! Ein roter Faden unserer Arbeit war die grundsätzliche Kritik an Privatisierungen und an der Anbetung privater Investoren bei verschiedenen Projekten durch die Stadtverwaltung. Dies schlägt auch im Stadtteil durch. Wir halten dagegen und kämpfen für kommunale Dienste mit tariflichen Löhnen. Die Ablehnung des Bürgerbegehrens war schon ein Schlag. Jetzt kämpfen wir für die Aartalbahn.“